



## Medienmitteilung

Aus der Regierung

St.Gallen, 16. März 2020

Staatskanzlei  
Kommunikation  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T 058 229 32 64  
kommunikation@sg.ch

Regierung nach Bundesratsentscheid

### Gemeinsam gegen die Ausbreitung des Virus

**Je weniger Leute sich treffen, umso weniger rasant steigt die Kurve der Corona-Infizierten an. Ein verlangsamer Anstieg der Kurve ist wichtig, damit die Gesundheitseinrichtungen genügend Personen mit erhöhtem Risiko behandeln können. Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst deshalb die verschärften Massnahmen des Bundesrates. Für sie hat der Schutz der Bevölkerung oberste Priorität. Weil die Anzahl Anfragen deutlich zunimmt und diese immer mehr nicht-medizinische Bereiche betreffen, baut die Regierung die Telefon-Hotline aus. Ausserdem verpflichtet die Regierung die Kindertagesstätten, den Betrieb weiterzuführen.**

Die Regierung hat sich heute Abend zu einer ausserordentlichen Sitzung getroffen. Sie hat die Entscheide des Bundesratsentscheids auf den Kanton St.Gallen analysiert und geschaut, wo weitere Entscheide auf Kantonsebene nötig sind. Da die Verordnung erst heute Abend eingetroffen ist, will sie diese zuerst genau prüfen. National einheitliche Vorgaben helfen, die Akzeptanz der Massnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen. Die Regierung unterstützt deshalb den Entscheid des Bundesrates. Sie wird deshalb keine zusätzlichen Verschärfungen beschliessen.

#### Regierung appelliert an Risikogruppen: «Bleiben Sie zu Hause!»

Aktuell (Stand 18.45 Uhr) zählt der Kanton St.Gallen 47 bestätigte Fälle von Personen, die sich mit dem Coronavirus angesteckt haben. Die steigende Zahl der Fälle unterstreicht, wie dringend Schutzmassnahmen sind. Die Regierung erachtet es deshalb als zentral, dass man die soziale Distanz von zwei Metern wenn immer möglich einhält. Zudem gilt: Personen über 65 Jahre und andere Personen der Risikogruppe müssen sich selber schützen. Sie rät diesen Risikopersonen deshalb dringend, zu Hause zu bleiben und Angehörige um Unterstützung zu bitten.

Wer nicht einer Risikogruppe angehört, soll wo möglich den betroffenen Personen helfen, beispielsweise in dem man für sie einkauft oder sich regelmässig telefonisch bei ihnen meldet. Auf Hilfe angewiesen sind auch Eltern und Personen, deren Arbeit zum Wohle der Gesellschaft notwendig ist. Dazu gehören Arbeitnehmende vor allem im Gesundheitswesen oder in Lebensmittelgeschäften. Wer kann, soll deren Kinder hüten, für sie kochen oder einkaufen gehen.

Diese Solidarität zeigt sich schon heute: Viele Menschen in den Gemeinden, den Schulen, im Quartier oder im Betrieb bieten ihre Hilfe an. Die Regierung ist beeindruckt vom



grossen sozialen Engagement der St.Galler Bevölkerung und dankt ihr dafür. Um die Koordination der Hilfe noch zu verstärken, hat die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden beschlossen, die regionalen Führungsstäbe mit der Vermittlung von Hilfesuchenden und Hilfeleistenden zu beauftragen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden werden bis Ende Woche per Brief informiert, wo sie sich melden können.

### **Kindertagesstätten müssen offenbleiben**

Der Bundesrat hat heute die Kantone verpflichtet, für Kinder, die nicht privat betreut werden können, für die notwendigen Betreuungsangebote zu sorgen. Kindertagesstätten dürfen gemäss Bundesrat nur geschlossen werden, wenn andere geeignete Betreuungsangebote bestehen. Die Regierung hat bereits letzten Samstag kommuniziert, dass die Kindertagesstätten offenbleiben müssen. Sie hat heute Abend diesen Entscheid nochmals bestätigt.

### **Kantonaler Führungsstab richtet zentrale Telefon-Hotline ein**

In den letzten Tagen und Wochen haben sich tausende Personen beim Kanton gemeldet. Sie suchen Antworten auf gesundheitliche, schulische, betriebliche oder sonstige Fragen im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Viele Fragen lassen sich jedoch nicht nur von einem Amt beantworten, sondern haben Schnittstellen zu anderen Ämtern. Die Regierung hat deshalb entschieden, die Telefon-Hotline auszubauen.

### **Arbeitnehmende und Arbeitgeber unterstützen**

Mit den verschärften Massnahmen des Bundesrates wird etlichen Branchen das Wirtschaften verboten. Andere Branchen verzeichnen aufgrund der Pandemie massive Umsatzeinbrüche. Die Regierung rät betroffenen Unternehmen, Kurzarbeitsgesuche beim Amt für Wirtschaft und Arbeit einzureichen. Zudem appelliert sie noch einmal an die Banken, die Liquidität ihrer Kunden sicherzustellen. Die Regierung weist die Arbeitgeber auch nochmals darauf hin, dass sie verpflichtet sind, für alle Arbeitnehmende das «Social Distancing» zu ermöglichen und Risikogruppen zu schützen.

### **Unterstützung durch Armee**

Der Bundesrat hat den Kantonen heute zudem den Einsatz der Armee angeboten. Stand heute hat der Kanton St.Gallen kein Gesuch um Unterstützung der Armee eingereicht. Es ist aber möglich, dass sie dies in den kommenden Wochen noch tun wird, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern.